



Bericht Frauenkonferenz «Kein Recht auf ein eigenes Kind!?»

Nach zwei Jahren konnte sich die Frauenkonferenz am 25. Oktober 2021 wieder zu einer Tagung im nicht virtuellen Raum treffen. Der Ausschuss der Frauenkonferenz (repräsentiert durch Sabine Scheuter, Miriam Neubert, Gabriela Allemann und Kerstin Bonk) widmete die Tagung im Gemeindehaus der Berner Markuskirche zum zweiten Mal dem kontroversen Thema des Rechtes auf ein Kind. So forderte EKS-Ratsmitglied Ruth Pfister in ihrem Grusswort die Konferenz in Zeiten der gesellschaftlichen Debatten um Reproduktion und Adoption heraus: «Die Fragen sind auf dem Tisch: Welche Antworten geben wir als evangelische Frauen?»

Recht auf ein Kind? Ethische Überlegungen zu neuen Familienformen und Reproduktionstechnologien

In ihrem Thesenreferat hielt Politologin und Publizistin Dr. Antje Schrupp fest, dass mehrere Diskussionen derzeit nebeneinander geführt werden: Gender- und Geschlechterfragen, Familienformen und Reproduktionsgerechtigkeit. Die heterosexuelle Ehe ist längst nicht mehr die einzige Lebensform, in der Kinder aufwachsen können. «Dieses Familienbild war das Markenzeichen des Christentums. Davon sollten wir uns verabschieden.» Homosexuelle Lebenspartnerschaften, Alleinerziehende und Patchworkfamilien sind breit akzeptiert. Polyamouröse Beziehungen und Co-Elternschaften kommen auf. Es gilt festzustellen, dass genetische Verwandtschaft nicht automatisch den Anspruch auf Elternschaft etabliert. So stellte sie die Forderung auf, dass verantwortliche Elternschaft sozial und rechtlich abgesichert werden müsse. Die Ansicht setze sich durch, dass weder der Staat noch die Kirche den Menschen vorschreiben können, wer Kinder bekommen darf. In der Frauenbewegung und den Kirchen wird die Reproduktionsmedizin kritisch gesehen, die generelle Ablehnung aber ist nicht mehr möglich. Hier müssen neue ethische Positionen gefunden werden, auch um die Ausbeutung von Menschen zu verhindern.

Schrupp stellte die Werte Kindeswohl, Freiheit, Würde und Selbstbestimmung von Schwangeren in den Mittelpunkt. «Schwangere sind nie nur Zweck noch Mittel.» Auch auf die Leihmutterchaft schaute die Referentin kritisch: Leihmütter als freigiebig und altruistisch zu sehen, sei naiv und stereotyp. Man dürfe nicht über die Moral von Leihmüttern vorschnell urteilen und müsse Alternativen zur wirtschaftlichen Not bieten. Die Legitimität von weiblichen Lebensformen ohne Kinder müsse gestärkt werden. Die Selbstermächtigung der Frauen und die ethische Debatte sind dabei stärkere Mittel als gesetzliche Regelungen.

Kritische Antwort von Gabriela Allemann

In ihrer kritischen Antwort stellte Ausschussmitglied Gabriela Allemann fest, dass Machbarkeit und Beurteilung der Technologien sich immer weiter verschieben. Schnell kommt die Maxime auf: Was technisch möglich ist, soll auch gemacht werden. Ob ein Kind gewollt oder gewählt ist, gibt ihm eine unterschiedliche Würde. Der Alltag ist geprägt von Herrschaftsgefallen: Wenn die Gestaltung der Familienformen den Einzelnen überlassen wird, kann man dann die Abschaffung von Ungerechtigkeiten sozial genügend vorantreiben?

Worldcafé

In mehreren Tischrunden diskutierten die Teilnehmerinnen die Thesen des Referats. Dabei einte sie der Wille, vielfältige Familienmodelle in ihrer Verantwortung zu unterstützen und ihnen Rechte und Pflichten zu gewähren. Dass vor der Geburt allein die Mütter über die

Elternschaft bestimmen, wurde von den Diskutantinnen bestritten, auch wenn die körperliche Selbstbestimmung als wichtige Errungenschaft angesehen wird. Kinder sollten ihre biologischen Wurzeln kennen dürfen. Aber man sollte diese biologische Elternschaft auch nicht überbetonen, die soziale Elternschaft ist heute wichtiger. Ein klarer Konsens bildete sich gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Reproduktionsfähigkeit von Menschen. Restriktive Gesetzgebungen und ein Frauenbild, das sich weniger an der Mutterschaft orientiert, würden die «Nachfrage» nach Kindern evtl. dämpfen. Gegen Ausbeutung zu sein, bedeute nicht per se eine Absage an die Leihmutterschaft. Die betroffenen Frauen sollten in diese Diskussion mithineingenommen werden.

Der Ausschuss der Frauenkonferenz wurde abschliessend beauftragt, die Erkenntnisse der Tagung in die Arbeiten der EKS zum Thema einfliessen zu lassen.